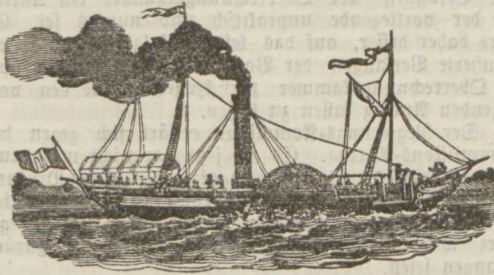


Danziger Dampfboot.

№ 22.

Mittwoch, den 27. Januar.



1864.



35ter Jahrgang.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaffengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außer halb an: In Berlin: Kettemeyer & Centr.-Rtg.- u. Annonc.-Bureau. In Leipzig: Jäger & Fort. S. Engler's Annonc.-Bureau. In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Bureau. In Hamburg-Altona, Frankf. a. M. Haasenfein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Dresden, Dienstag, 26. Januar.

Das „Dresdner Journal“ dementirt die von der Wiener „Presse“ gebrachte Nachricht bezüglich eines von dem Herrn v. Beust in der schleswig-holsteinischen Sache vorgeschlagenen Kompromisses. Herr v. Beust habe weder diesen noch irgend einen andern Kompromiss vorgeschlagen.

München, Dienstag 26. Januar.

Der König hat heute Nachmittags die Mitglieder der schleswig-holsteinischen Landes-Deputation in besonderer Audienz empfangen, und die Adresse der Deputation entgegengenommen.

Lübeck, Montag 25. Januar.

Die Quartiermacher des Brandenburgischen Kürassier-Regiments Schmalau sind aus dem oldenburgischen Herzogthum Lüneburg zurückgewiesen, zwei Compagnien des 64. Regiments sind zur Unterstützung ausgerückt.

Piel, Dienstag 26. Januar.

Von unterrichteter Seite wird mitgetheilt, daß die Bundescommissäre die holländischen Stände einberufen wollen.

Wien, Dienstag, 26. Januar.

Die heutige Generalcorrespondenz theilt mit, der dänische Gesandte, Generalmajor v. Bülow, sei aus Wien abgerufen und habe gestern dem Minister Graf v. Rechberg sein Abberufungsschreiben überreicht; Legations-Sekretär Wille werde vorläufig in Wien verbleiben.

Der Finanz-Ausschuß des Abgeordnetenhauses hat beschlossen, für die Bundesexekution statt der geforderten 10 Millionen nur den Matrikularbeitrag, nämlich 5 1/2 Millionen zu bewilligen. Ebenso hat der Finanzausschuß die von Dr. Herbst beantragte Resolution angenommen. Das Haus vermag das Vorgehen der Regierung bezüglich der Okkupation Schleswigs nicht als den wahren Interessen entsprechend und den allgemeinen Frieden sichernd anzuerkennen und lehnt daher jede Verantwortlichkeit für die Folgen dieses Schrittes ab.

S a n d t a g.

Herrenhaus.

10. Sitzung, Sonnabend, 23. Januar.

Der Präsident Graf Eberhard zu Stolberg eröffnete die Sitzung mit einigen geschäftlichen Mittheilungen. Die Kommission für die erwarteten Eisenbahn-Vorlagen, die in der letzten Sitzung gewählt worden, hat sich konstituiert. Vorsitzender ist Hr. v. Rabe Stadtrath Argand (Vertreter der Stadt Nordhausen) ist in das Haus eingetreten.

Mehrere Mitglieder des Herrenhauses haben durch Prof. Dr. eine Marmorbüste Stahl's anfertigen lassen und dem Hause überreicht. Der Präsident theilt dies mit einigen Worten der Erinnerung an Stahl mit und zeigt an, daß die Büste vorläufig im Sitzungssaal, zur Linken des Präsidentensitzes, entsprechend der Büste des Fürsten Pless, vor den Ministerplätzen, aufgestellt sei. — Zunächst erfolgt nach dem Eintritt in die Tagesordnung die nochmalige Abstimmung über die Verordnung, betreffend den Zusammenstoß von Seeschiffen auf offener See, und das hierzu in erster Abstimmung bereits angenommene Amendement v. Zander. Das Gesetz wird in Uebereinstimmung mit dem Abgeordnetenhaus angenommen. — Es folgten Petitionsberichte. Nach Erledigung derselben ist der dritte Gegenstand der Bericht der Budget-Kommission zur Prüfung des Staatshaushalts-Etats für 1864. Aus dem gedruckten Bericht ist Folgendes hervorzuheben: Da bekanntlich dem Herrenhaus vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses der Etat nur in der Form, wie er aus den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen, ohne die Regierungs-Vorlage zugefunden ist, so hat die Kommission von der

Staatsregierung die authentische Mittheilung der Regierungs-Vorlage erbeten und auch erhalten. Die Kommission spricht sich u. A. gegen die vom andern Hause beschlossene Streichung des für allgemeine politische Zwecke ausgeworfenen Dispositionsfonds von 31,000 Thlr. aus, hält dafür, daß, wie diese Absehung, so auch die des mit 6000 Thlr. aufgeführten Gehalts eines Militärbevollmächtigten in St. Petersburg bei Beschlußfassung über den Etat ins Gewicht fallen müsse, und empfiehlt, wenn auch nur 8 gegen 7 Stimmen, den Beschluß: die Staatsregierung zu ersuchen, künftig den Abgeordneten Diäten und Reisekosten bis zur gesetzlichen Erledigung dieser Frage nicht zu zahlen. Das Abgeordnetenhaus hatte ferner 800,000 Thlr. in einem Titel für unvorhergesehene Ausgaben zwar bewilligt, aber beschlossen, daß diese Summe am Schlusse der außerordentlichen Ausgaben als ein besonderes Kapitel und unter einer besonderen Ueberschrift angeführt werde. Die Kommission hat hierin einen ungerechtfertigten Eingriff der Abgeordneten in die Exekutive der Regierung erblickt, weshalb jener Beschluß keine Gültigkeit erhalten könne. In derselben Weise werden auch andere Absehung für ungerechtfertigt erklärt. Billig unannehmbar aber mache den Etat nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses die gänzliche Umwerfung des Militärs-Etats. Da deshalb der Etat des Abgeordnetenhauses durchaus verwerflich sei, einen Entwurf aber die Regierung haben müsse, so müsse man ihr auch den von ihr selbst vorgelegten Entwurf genehmigen. Würde dies beschlossen, so könnten die Verhandlungen fortgesetzt werden, und bei einiger Bereitwilligkeit könne ein übereinstimmender Beschluß beider Häuser mit der Regierung herbeigeführt werden. Der Finanzminister hat auf mehrseitige Anfragen anerkannt, daß für die Regierung es von hohem Interesse sei, wenn das Herrenhaus nicht etwa nur negativ, sondern auch positiv über den Staatshaushalts-Etat sich erkläre, daß er aber über die zu wählende Form sich jeder Neuerung enthalte, und er nur andeuten wolle, wie solcher Formen sich gewiß mehrere würden finden lassen. Das Resultat der Kommissionsverhandlungen war der Beschluß: Das Haus wolle a) den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses betreffend den Staatshaushalts-Etat im Ganzen die Zustimmung verweigern und b) die Regierungs-Vorlage im Ganzen annehmen. Jener Beschluß wurde mit 13 gegen 1, dieser mit 12 gegen 2 Stimmen angenommen. — Zu diesen Anträgen haben die Herren v. Brünneck, Hasselbach und Graf York einen Verbesserungsantrag eingebracht.

Referent v. Meding vertheidigt die beiden Kommissionsanträge, indem er sich auf die vorjährigen in dieser Angelegenheit vollständig geführten Deduktionen beruft; der Brünneck'sche Antrag sei unzweckmäßig.

Herr v. Zander: Er befinde sich auf demselben Standpunkte wie im vorigen Jahre. Er sei namentlich gegen den Versuch einer Verständigung mit dem andern Hause, weil er keinen günstigen Erfolg erwarte, und er hierin eine Verzögerung der Frage sehe, die nur dem andern Hause annehmbar sein würde.

Hr. Dr. Göpe: Die Beschlüsse des andern Hauses über den Kriegsetat machen einen Beitritt zu dem ganzen Etat unmöglich. Es würde sich also hieraus ergeben, daß kein Budget zu Stande kommen, und er meine, daß dies weder ein Unglück noch gegen die Verfassung sei.

Hr. Hasselbach: Er theilte sich nur ungenügend an der Debatte, weil er sich einerseits im entschiedenen Widerspruch zu der Majorität des andern Hauses befände, aber ebenso entschieden sich entfernt fühle von der Majorität dieses Hauses. Er gebe zu, daß der Etat des Abgeordnetenhauses unannehmbar sei; er gebe auch zu, daß es für die Regierung unmöglich sei, mit einem Hause zu regieren, welches selbst bei Bewegung der Stelle eines Regierungsraths drein reden wolle. Die Armee-Reorganisation, dies gebe er ebenfalls zu, könne nicht rückgängig gemacht werden, am wenigsten in diesem Moment. Er stehe auch nicht an, es offen zu bekennen, daß die Fortschrittspartei im Abgeordnetenhaus darauf ausgehe, die Macht des Königthums zu brechen. Das Königthum habe viel festere Wurzel im Volke, als jene Partei glaube, und werde stark genug sein, diese vielmehr zu brechen. (Die bisherigen Ausführungen des Herrn Hasselbach werden von der Majorität mit fortwährendem Beifall begleitet.) Er habe soweit hier Zustimmung zu finden erwartet, werde aber hierauf verzichten müssen, wenn er zu seinem Schlussvotum kommt. In dieser Beziehung frage es

sich, ob man mit oder ohne Verfassung bestehen wolle, und da entscheide er sich für die Verfassung und insbesondere gegen den verfassungswidrigen zweiten Kommissions-Antrag. Dieser sei ganz unzulässig, weil überhaupt nur der Beschluß des andern Hauses diesem Hause rechtlich vorliege, weil eine Anerkennung der Vorlage durch dieses Haus ungesetzlich sei. Er halte es für budgetlose Regiment für verfassungswidrig und für sehr verderblich, weil dann zu wenig ausgeglichen werde, viele notwendige Ausgaben unterbleiben müßten.

Hr. v. Zander, wenn er sich für die Budgetverweigerung erkläre, unterscheide er sich nur durch die Motive von dem Abg. Jacoby und treibe das Land ebenfals zur Steuerverweigerung. Zur Lösung des Konflikts gebe es zwei Mittel: außerhalb und innerhalb der Verfassung. Er erkläre sich für die letztere Alternative und gegen die Lösung durch Staatsstreik. Die Regierung habe die Pflicht, den Konflikt zu lösen und ein solcher Versuch könne es nicht genannt werden, wenn sie der Landesvertretung die Aufhebung des Art. 99 der Verfassung zumuthe, wenn sie aus beschließenden Kammern beratende machen wolle. Die Regierung habe auch die Pflicht, ein Budget zu vereinbaren.

Der Finanzminister: Er stimme dem Vordränger bei, wenn er den budgetlosen Zustand für bedauerlich halte; es komme nur auf die Mittel und Wege an, wie derselbe vermieden werden könne. In dieser Beziehung sei es ihm unbegreiflich, wie der Regierung die Verpflichtung obliegen könne, ein Budget herbeizuführen, da die Lösung dieser Aufgabe nicht allein in der Hand der Regierung liege, es vielmehr hierzu der Zustimmung beider Häuser bedürfe.

Graf Rittberg: Die Staatsregierung sei allerdings nicht berechtigt gewesen, die Militär-Reorganisation im Ordinarium des Etats aufzuführen, ehe dieselbe definitiv gesetzlich geregelt war. Aber das Abgeordnetenhaus theilte die Schuld mit der Regierung durch die zweimalige Bewilligung der Reorganisationskosten.

Hr. Baumstark: Er würde im Abgeordnetenhaus in die meisten dort beschlossenen Absehung nicht gewilligt haben, auch nicht in die Absehung der Reorganisationskosten. Die Heeres-Reorganisation entspreche ihrem Ursprunge und der Haupttendenz nach dem Bedürfnisse des Landes und der Zeit. Es sei aber jetzt die Zeit der großen Konflikte, und da frage es sich, ob die Bedenken, die man bisher gehabt, noch am Orte seien. Er halte dafür, daß der eingebrachte Verbesserungsantrag der allein richtige Weg sei, um aus den Konflikt zu kommen. Er acceptire das Zugeständniß des Finanzministers, daß dieses Haus den Etat nur annehmen oder ablehnen dürfe, und zwar in der Gestalt, wie er aus dem Abg.-Hause hierher gelange. Es sei aber nicht richtig, wenn der Finanzminister behaupte, durch Annahme des Etats des Abgeordnetenhauses billige man auch die dort vorgenommenen Absehung. Dies sei nicht die Ansicht der Amendementsteller; dieselben nehmen vielmehr, trotzdem sie die Absehung mißbilligen, den Etat an, weil sie sich hierzu rechtlich und sittlich für verpflichtet halten, rechtlich durch die Verfassung, sittlich, weil der Schaden der Absehung minder groß sei, als die Ablehnung des ganzen Etats.

Herr v. Kleist-Rekow: Ich habe mich über manche antidemokratische Aeußerung des Hrn. Hasselbach gefreut, bin aber zugleich über den Widerspruch zwischen seinen Worten und Thaten schmerzlich berührt. Er hat monarchisch angefangen und damit geschlossen, die Regierung solle nachgeben. Wir sehen auch nicht so trostlos in die Zukunft, wie er, denn wir haben Glauben an die Sache, die wir vertreten, und sind daher freudig gestimmt.

Hr. Professor Schubert: Ich schließe mich dem Antrage der Herren Baumstark und Hasselbach an, weil er geeignet ist, die Vermittlung mit dem andern Hause herbeizuführen.

Graf Arnim-Boitzenburg kritisiert sehr ausführlich das Verfahren des Präsidenten des Abgeordnetenhauses, welcher die Beschlüsse jenes Hauses einfach hierher habe gelangen lassen, ohne mitzutheilen, auf welche Weise diese Beschlüsse zu Stande gekommen seien. Das Haus wäre berechtigt gewesen, über diese Notification einfach zur Tagesordnung überzugehen; die Kommission habe dies aber nicht gethan, vielmehr die gehörige Regelung der Budgetberatung durch Verbindung mit der Staatsregierung ermöglicht, nur um

dem andern Hause zu zeigen, wie es von jeder Animosität gegen dasselbe fern sei. Der Abgeordneten-Stat sei zweifellos unannehmbar auch für die Annehmlichkeiten selbst. Der Finanzminister stelle eine motivirte Budget-Ablehnung als möglich hin, aber eine Budgetverwerfung bleibe es doch immer, und jede Budgetverwerfung sei ein rebellischer Schritt, den das Herrenhaus nicht thun dürfe. Einem von Regierung und Abgeordnetenhaus acceptirten Budget würde das Herrenhaus sich nicht entgegenstellen dürfen; hier aber, wo das Abgeordnetenhaus der Regierung durch sein Budgetrecht das Regieren unmöglich machen wolle, dürfe man jenem Hause nicht zustimmen. Schließlich kommt der Redner auf den Satz: „Recht geht vor Macht“ zu sprechen und setzt demselben entgegen: dem Mißbrauch des Rechts habe die Macht entgegen zu treten.

Der Schluß der Diskussion wird angenommen.

Bei der Spezialdiskussion wird der Antrag der Budgetkommission, künftighin die Diäten und Reisekosten der Abgeordneten bis zur gesetzlichen Erledigung dieser Frage nicht zu zahlen, von Graf Gröben, Kleist-Regow, Dr. Göze warm befürwortet, von den Herren v. Senft-Pilsch, v. Bernuth und Graf Arnim als verfassungswidrig, von Hrn. v. Zander aber aus Anstandsgründen bekämpft und darauf mit schwacher Majorität abgelehnt.

Darauf wird die Ablehnung des Stats des andern Hauses mit großer Majorität beschlossen.

Die Herstellung des Regierungs-Stats wird bei namentlicher Abstimmung mit 58 gegen 17 Stimmen beschlossen.

Schluß der Sitzung. Nächste Sitzung wahrscheinlich Montag.

Haus der Abgeordneten.

31. Sitzung, Sonnabend 23. Januar.

Der Präsident eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mittheilungen. Es sind abermals Adressen in Betreff Schleswig-Holsteins eingegangen. — Demnächst theilt der Präsident ein Schreiben des Ministers des Innern, betreffend die vom Hause beanstandete Wahl im Kreise Jüterbog-Budenwalde mit, woraus hervorgeht, daß der Minister in Folge wiederholter Anfrage des Präsidenten Bescheinigung der Sache angeordnet habe, dieselbe bis jetzt aber noch nicht erledigt sei. — Hinsichtlich der heutigen Tagesordnung hat der Kriegs- und Marineminister dem Präsidenten das nachstehende Schreiben übersendet:

„Aus der mir so eben, Abends 10 Uhr, zugekommenen Tagesordnung für morgen ersehe ich, daß selbige mit der Beratung über den Gesetzentwurf: „Ueber die Verpflichtung zum Kriegsdienste“ beginnen soll. Anderweitige dringende Dienstgeschäfte, deren Auslegung nicht von mir allein abhängt, gestatten mir nicht, vor einer sehr späten Stunde im Hause zu erscheinen; dies wird kaum vor 2 Uhr möglich sein. Da ich indeß wohl annehmen darf, daß meine Anwesenheit bei der fraglichen Beratung ebenso sehr im Interesse der Landesvertretung als in dem der Regierung liegen möchte: so richte ich an Ew. Hochwohlgeboren das ergebene Ersuchen, die betreffende Nummer von der Tagesordnung für morgen wenn nicht zu entfernen, so doch zu einer möglichst späteren Stunde geneigtest gelangen lassen zu wollen, und mich von dem hiernach Verfügten gefälligst in Kenntniß zu setzen. Berlin, 22. Januar 1864. Abends 11 Uhr.“

Der Präsident erklärt, daß er in Folge dieses Schreibens dem Hrn. Kriegsminister mitgetheilt, daß er die außerdem auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände zuerst zur Diskussion bringen und dem Hause anheimstellen werde, nach Beendigung derselben sich bis 1 Uhr zu vertagen, um alsdann den betr. Gesetzentwurf in Beratung zu nehmen; eine gleiche Anzeige ist dem Staatsministerium, dem Finanzminister und den Berichterstattern gemacht worden. Er stelle nunmehr dem Hause anheim, ob No. 1. der Tagesordnung für heute abzulesen, oder nur bis 1 Uhr zu vertagen sei und ob sofort in die Beratung über die folgenden Gegenstände einzutreten werden solle. Meine Herren, fährt der Präsident fort, was diesen Gesetzentwurf über die Verpflichtung zum Kriegsdienste betrifft, so bin ich der Meinung, daß derselbe, nachdem er uns drei Jahre hindurch beschäftigt hat, endlich wirklich erledigt werden müsse. Dieser Gesetzentwurf ist das Alpha und Omega unseres Verfassungs-Konfliktes, und ich meine, das Haus muß endlich einen Ausdruck in dieser Sache thun. Der vorliegende Bericht ist der Art, daß er in den Händen jedes Urwählers sein sollte, damit Jedermann sehen könne, auf welche Weise diese Angelegenheit und wahrlich nicht zum Nachtheile des Abgeordnetenhauses verzögert und zu solchen Dimensionen angewachsen ist. Heute steht der Gegenstand auf der Tagesordnung, und wir wissen nicht, wie lange wir noch beisammen sein werden, um ihn noch beraten zu können. Es hat sich seit einigen Jahren die Sache geltend gemacht, den Präsidenten dieses Hauses nicht vorher davon in Kenntniß zu setzen, wenn eine Vertagung, Schließung oder Auflösung dieses Hauses stattfinden soll. (Hört! hört!) Daß der Herr Kriegsminister persönlich anwesend sein will, ist ein ganz gerechtfertigtes Verlangen, und ich schlage deshalb Vertagung bis 1 Uhr vor, wenn bis dahin die beiden anderen Gegenstände erledigt sein sollten. — Nach einer längeren Debatte beschließt das Haus, Nr. 1. der Tagesordnung bis 1 Uhr zu vertagen, und sofort in die Beratung der Nr. 2 und 3 einzutreten. In Bezug auf die spätere Eröffnung der heutigen Sitzung bemerkt der Präsident, daß er so lange gezögert habe, weil kein Regierungskommissar anwesend sei und ihm die Anwesenheit derselben doch wünschenswerth erscheine.

Das Haus tritt nunmehr in die Beratung über den Kommissionsbericht in Betreff der Bemerkungen der Oberrechnungskammer zu den allgemeinen Rechnungen der Jahre 1859, 1860 und 1861 ein. Bald nach Er-

öffnung der Verhandlung treten die Regierungskommissare Geh. Rath Hegel und Finanzrath Mölle ein.

Der Referent, Abg. Birchow, begründet in Kürze diesen Antrag. Er weist darauf hin, daß die Aufgabe der Regierung, es werde ein Gesetzentwurf über die Einrichtung und die Befugnisse der Ober-Rechnungskammer vorgelegt werden, noch immer nicht erfüllt sei. Zwischenzeitlich sei die Landes-Vertretung auch vor Erlaß eines solchen Gesetzes berechtigt, sämtliche Bemerkungen der Ober-Rechnungskammer zu der allgemeinen Rechnung zu fordern, ja, sie sei ohne die Vorlegung derselben nicht befugt, die Entlastung der Staatsregierung auszusprechen. In Uebereinstimmung mit dem Referenten äußern sich die Abgeordneten Michaelis und Reichenheim, dagegen halten die Abgeordneten v. Benda und Ostrath dafür, daß vor dem Erlaß eines Gesetzes über die Einrichtung und Befugnisse der Oberrechnungskammer ein Antrag wie der vorliegende unpraktisch und nutzlos sei. Es wäre daher besser, auf das leider erfolglos schon so oft geäußerte Verlangen der Vorlegung eines Gesetzes über die Oberrechnungskammer zurückzugehen und den vorliegenden Antrag fallen zu lassen.

Der Regierungskommissar erklärt sich gegen den Kommissionsantrag. Es sei jetzt gar nicht mehr ausführbar, daß die Oberrechnungskammer eine Prüfung der Rechnungen von 1859 und 1860 in der verlangten Art vornehme, da, nachdem die Prüfung zu Ende geführt worden, die Belege an die Behörden zurückgegangen seien.

Nachdem der Abg. Reichenheim nochmals für den Kommissionsantrag das Wort genommen, wird auf den Schluß der Verhandlung angetragen und derselbe angenommen.

Der Referent, Abg. Birchow, rechtfertigt noch einmal den Kommissionsantrag, welcher sodann mit großer Majorität angenommen wird.

Das Haus tritt in die Beratung des dritten Gegenstandes der Tagesordnung ein: Vorbericht der Kommission zur Prüfung des Staatshaushalts-Stats über die Rechnung der Rendantur des Staatsschatzes pro 1860 und 1861. Die Kommission beantragt: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die Königl. Staatsregierung auf Grund des Art. 99. der Verfassung aufzufordern, bei Vorlegung des Staatshaushalts-Stats vom Jahre 1865 ab den Vorschlag für die Rendantur des Staatsschatzes in den betreffenden Stats ersichtlich zu machen.“ — Der Regierungskommissar bekämpft den Antrag. Ein Vor-Anschlag, wie die Kommission ihn voraussetze, existire nicht, sondern es gebe da nur eine Autorisation, eine Anweisung für die Einnahmen und Ausgaben, welche in den Rechnungen vorgetragen werden; sämtliche Einnahmen des Staatsschatzes fielen übrigens außerhalb des Staatshaushalts-Stats, da man nie vorauswissen könne, was aus den einzelnen Departements dem Schatz zufließen werde.

Abg. Birchow will aus diesen Erklärungen konstatiren, daß, was früher, selbst auf Grund Königl. Verfügungen, als unzweifelhaftes Recht des Hauses gegolten, nunmehr, in Hrn. v. Bismarck's Namen, demselben in Abrede gestellt werde: „es habe mit den Spezialstats der Nachweisungen nichts zu thun“, — während die Kgl. Verfügung von 1863 noch anerkenne, daß alle Stats auch Gegenstand der Prüfung des Hauses sein können, bei den Rechnungen ebensowohl, wie schon vorher bei dem Budget. Hier zum ersten Male erkläre die Regierung, von einer Finanz-Controle stehe nichts in der Verfassung. Es sei dies ein Zeichen, wie nunmehr auch in der Finanzverwaltung jene über alle verfassungsmäßigen Rechte hinausgehende Interpretations-Kunst Platz gegriffen habe.

Schließlich wird der Kommissionsantrag mit bedeutender Majorität angenommen.

Der nächste Antrag der Kommission lautet: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, 1) die Königl. Staatsregierung aufzufordern, für die Prüfung der Rechnungen der Rendantur des Staatsschatzes pro 1860 und 1861 eine spezielle Nachweisung der ultimo 1861 verbliebenen Actisforderungen der Budgetkommission des Hauses vorzulegen; 2) bis zur Vorlegung der ad 1. erforderlichen Nachweisung, die Ertheilung der Entlastung rücksichtlich der allgemeinen Rechnungen über den Staatshaushaltstat für die Jahre 1860 und 1861 vorzu-enthalten.“

Der Regierungskommissar Hegel bemerkt dazu, die Regierung bedaure, daß die Kommission auf ihr Anerbieten, den beiden Referenten vertrauliche Einsicht in die Actisforderungen u. des Staatsschatzes zu geben, nicht eingegangen sei.

Obgleich noch kein Minister und kein Regierungskommissar erschienen ist, tritt das Haus in die Beratung des Gesetzentwurfs über die Verpflichtung zum Kriegsdienste. Es wird zunächst die Generaldiscussion eröffnet. Der Berichterstatter Abg. Dr. Gneist verzichtet auf das Wort.

Abg. Wattrup: In einer der vorigen Sitzungen ist von der andern Seite ausgesprochen worden: Wir lieben die Armee! Dieser Ausdruck hat uns Vergnügen gemacht, und wenn wir auch nicht die Lieferung von Soden als vollständigsten Beweis betrachten, so acceptiren wir doch diese Liebe. Aber man kann die Armee auf verschiedene Weise lieben: der König liebt sie wie ein Vater den Sohn, das Volk wie ein Bruder den Bruder, wie die Schwester den Bruder (allgemeine Heiterkeit); man kann sie aber auch lieben wie der Verführer die Jungfrau. (Große, mehrere Minuten anhaltende Heiterkeit.) Ich wiederhole, mancher liebt die Armee wie der Züngling das Mädchen, daß er verführen will (Gelächter.) So wird sie von denen geliebt, welche das Heer zu einem Parlamentsheer machen wollen. Meine Stellung zu dieser Frage ist bekannt; ich glaube nicht, daß die Landesvertretung den Einfluß auf die Armee haben darf, den sie verlangt. Der König ist der oberste Kriegsherr und als solcher ist seine Stellung eine andere, als in andern Fragen. Die Bezeichnung Kriegsherr ist keine

neue, sondern schon Friedrich II. habe sie als Kronprinz gebraucht. Die Armee-Reorganisation geht vom Könige als Kriegsherrn aus, und sie ist keine Neuerung, sondern nur eine Wiederherstellung des alten Geistes. Der Redner geht darauf auf eine Vergleichung der jetzigen Armeeverhältnisse und der Kosten zu den früheren über, ohne dabei irgend etwas Neues vorzubringen; ebenso enthalten seine Ausführungen in Bezug auf die Dienstzeit nichts von Interesse, er ist der Ansicht, daß die Stellvertretung vielleicht einzuführen sei. Die bei der jetzigen Mobilisirung vorgekommenen Verwendungen von Landwehr-Offizieren bei der Reserve seien schon früher vorgekommen. Die liberale Partei wolle nur die Armee ruiniren, weil sie den Thron schütze; aber wie früher die Nationalversammlung an ihrem Antrage zu Grunde gegangen sei (Stein'scher Antrag), so werde dies auch diesmal geschehen. Der Redner schließt darauf, um die Vortheile der Reorganisation zu zeigen, die Unbequemlichkeiten früherer Mobilisirungen und sucht zu entwickeln, daß eine Agitation auf die Soldaten nicht wirke, der Soldat bleibe Soldat und werde nie begreifen, daß man ein liberaler Beamter und zugleich ein Demokrat sein könne (Heiterkeit.) Der Soldat halte an seiner militärischen Ehre fest. Die Reorganisation sei nicht gegen die Verfassung, und wenn sie es auch wäre, der König ist nicht erst durch die Verfassung König geworden, und er und seine Partei werde stets die Armee zur Stütze haben. Es ist gefährlich, die Armee anzugreifen.

Der Kriegsminister v. Roon ist eingetreten.

Abg. Stavenhagen: Der Vorredner scheine mehr in der ars amandi (Kunst zu lieben) bewandert, als in der Militärfrage. (Große Heiterkeit.) Die Regierungsvorlage stehe ganz auf dem Standpunkte von 1860, von Konzeptionen bringe sie nichts. Dem auch vom Vorredner wieder citirten Verse des Kriegsministers („Nicht steht sein Thron“ u. s. w.) stelle er das Lied entgegen: „Nicht Noß, nicht Reizige sichern die steile Höhe“ (Beifall). — Redner beleuchtet dann das Vorgehen der Regierung ohne gesetzliche Regelung gegen die Beschlüsse des Hauses und nach diesem Vorgehen der Regierung mache nun dem Hause sein Heim zum Verbrechen (Beifall).

Abg. Graf Wartenberg bestreitet die Tribüne, während er sonst vom Plaze spricht: So könne er seinen Gegnern besser ins Auge schauen; hinter sich habe er den gegnerischen Präsidenten, den Jupiter tonans, mit dem Donnerkeil. —

Als er sich bei diesen Worten umsieht, lächelt Hr. Grabow freundlich, was allgemeine Heiterkeit erregt. Der Redner verteidigt die dreijährige Dienstzeit vom preussischen Standpunkt und wird häufig durch die Gegenpartei unterbrochen. Er schließt mit den Worten: Meine Herren, wir werden bald aus einander gehen, ich hoffe, Sie nicht wiederzusehen! (Allgemeine Heiterkeit.)

Ihm folgt der Hr. Kriegsminister v. Roon: Es drängt mich, in dieser, wie ich glaube, sehr ernsten Sache einige ernste, wenngleich nur wenige Worte zu sagen.

Es liegen uns zwei Berichte vor, zusammen von 120 Quartetten; sie sind entstanden, ich will nicht sagen in drei Sitzungen, die die betreffende Commission gehalten hat, sondern in Veranlassung dieser Sitzungen. Sie können unmöglich erwarten, daß ich in dem von mir beanspruchten Maße von Zeit mich darauf einlassen könnte, alles das zu widerlegen, was ich in diesen Berichten für unrichtig erachte. Ich kann mich daher nur auf ganz kurze Erklärungen beschränken.

Der vorliegende Bericht, von dem Hrn. Referenten mit großer Ausführlichkeit behandelt, befaßt sich mit einer pragmatischen Darstellung der Verhandlungen, welche über die Reorganisationsfrage gepflogen sind; ferner mit einer Darstellung der nach seiner Auffassung bestehenden Rechtsverhältnisse über die Verpflichtung zum Kriegsdienste und über die Organisation der Armee. Es ist in dem betreffenden Bericht mit Recht mit eigener Ausführlichkeit von der Bedeutung des Provisoriums gesprochen worden. Glauben Sie mir, daß ich darauf mit einigen Worten zurückkomme, denn ich meine, daß sich darum eigentlich der ganze Streit dreht, daß hier der Keim der Zerwürfnisse liegt, welche die gegenwärtige Regierung und die Majorität dieses Hauses trennen. Wenn ich sage: der Keim dazu, so will ich damit nicht gesagt haben — ich muß mich dagegen ausdrücklich verwahren, — daß nicht auch andere Motive vorlägen für die Fortsetzung des Streites auf Ihrer Seite. Nach meiner Auffassung ist es allerdings der Fall, und ich mag nicht wiederholen, was ich auch im Schooße der Kommission ausgesprochen habe — ich mag nicht diese Vorwürfe wiederholen. Sie werden mich verstehen. Ich will nicht auf die Verhandlungen des Jahres 1862 zurückkommen; die bei der Gelegenheit der Beratung des Militärbudgets sich ganz wesentlich verbreiteten über die Reorganisationsfrage. Ich will also auch nicht wiederholen, was ich damals von dieser Stelle dem Hause eröffnet habe. Ich muß nur das Eine sagen, — und ich kann es, wenngleich ich Niemand wehe zu thun beabsichtige, nicht unterlassen auszusprechen: Ich glaube, daß das Haus bei seiner Verweigerung des Militärs-Stats für 1862 in der That einen großen Fehler gemacht hat, der die Situation ohne allen Nutzen erschwert und die Gegensätze verschärft hat. Ich glaube, meine Herren, nicht bloß ein Theil der Umwelt, sondern die Majorität der Nachwelt, wenn sie sich mit dieser Frage beschäftigt, wird mir darin beistimmen. Wäre damals ein beschönigender Vorschlag zur Geltung gekommen (Widerspruch), hätte man damals von der Regierung verlangt, daß sie bei dem nächsten Zusammentritt des Landtages Vorschläge zu machen hätte in Bezug auf die neue gesetzliche Gestaltung der Militär-gesetzgebung, und wäre inzwischen von dem Hause die Bewilligung, deren die Militärverwaltung bedurfte, die Bewilligung der ja zum größten Theil bereits voraus-gabten Summen, ausgesprochen worden — ich glaube, es wäre viel nützlicher für das Land und viel erquicklicher und erfreulicher für alle Parteien gewesen. Es

ist nicht gegeben. Die Regierung hat dem zusammen-
tretenden Landtage bei der ersten Session des Jahres
1863 eine Gesetzesvorlage gemacht, deren Inhalt ja
bekannt ist. Es traten bei dieser Gelegenheit zum ersten
Male neue Forderungen an die Regierung heran, es wurde
ein Organisationsgesetz, ein Rekrutierungsgesetz, eine neue
Landwehr-Ordnung verlangt. Ich habe mich damals
über diese Forderungen erklärt, und ich kann nur bei
dem stehen bleiben, was ich damals sagte. Ich glaube,
daß die Schwierigkeit der Regelung aller dieser Fragen
und der damit zusammenhängenden Verhältnisse wesent-
lich in diesem ungelösten Konflikt zu finden ist, in dem
gegenseitigen Mißtrauen, welches Regierung und Landes-
vertretung trennt. Ich kann mich bei dieser Gelegenheit
unmöglich darauf einlassen, mit Ausführlichkeit, Bestimm-
theit, Klarheit die Gründe dieses Mißtrauens hier zu
entwickeln. Seitdem das Abgeordnetenhaus deutlich und deut-
licher zu erkennen gegeben hat, daß es nur ein Ziel ver-
folgt, nämlich den Sturz der gegenwärtigen Regierung,
daß es nur das eine Ziel verfolgt, seitdem muß die Regie-
rung an der Möglichkeit jeder Verständigung auch über
technische Fragen verzweifeln. (Widerpruch.) Ich sehe
mit Freuden einige Zeichen des Zweifels auf dieser Seite
des Hauses (links), wenn ich sage, es gebe keinen solchen
Weg. Ich kann versichern, daß ich dergleichen Zeichen
stets mit großer Genugthuung wahrgenommen habe und
auch wahrnehmen werde. Wenn ich aber die Auffassung
habe, daß der gegenwärtigen Staatsregierung auch in
dieser Frage um deswillen feindselig entgegen getreten
wird, so glaube ich, ich habe den lebendigsten Beweis
hier in der Hand, das ist der Kommissions-Bericht, der
Bericht, der, wie gesagt, bei aller Vollständigkeit, bei
allem Fleiße, mit der er gearbeitet, doch nicht weniger
oder mehr als eine Parteilassung ist. Der Hr. Ref.
mag mir das nicht übel nehmen, es ist ohne Absicht,
damit etwas Berlegendes zu sagen, ausgesprochen wor-
den; es liegt das in meiner Auffassung, die ja auch, wie
die aller Menschen, wie auch die seinige, eine irrige
sein kann. Ich bin also gar nicht in der Lage, dem Bericht
gegenüber das von mir vorgelegte Gesetz verteidigen zu
müssen, sondern ich bin nur in der Lage, den Stand-
punkt zu verteidigen, den die Regierung in dieser gan-
zen Frage eingenommen hat, und das habe ich mit den
Worten thun wollen, die ich die Ehre gehabt habe, vor-
zutragen. Ich kann also auch auf die Einzelheiten, in
welchen die Auffassung der Kommission und der Regie-
rung auseinander gehen, mich kaum einlassen. Soll ich
den Punkt der zweijährigen Dienstzeit erneuern? Soll
ich darüber eine neue Diskussion veranlassen? Ich glaube,
meine Herren, es wäre völlig unfruchtbar. Die Herren
sind mehr oder weniger gebunden durch frühere Vor-
gänge, durch früher von Ihnen gemachte Verheißungen,
mehr oder minder. Die Ueberzeugung von der Noth-
wendigkeit der dreijährigen Dienstzeit oder, ich will mich
präciser ausdrücken, von der gesetzlichen dreijährigen
Dienstzeit gehört zu meinen innersten Lebensüberzeu-
gungen gegründet auf eine vierundvierzigjährige Dienst-
zeit, und wenn in dieser Beziehung Autoritäten angeführt
werden, vor denen ich den allergrößten Respekt habe, die
sich für die Möglichkeit einer Verkürzung der Dienstzeit
ausgesprochen haben, so muß ich, um diese Autoritäten
richtig zu würdigen, doch bemerken, sie haben gesprochen
zu ganz anderen Zeiten und anderen Verhältnissen. Ich
will nur eines einzigen Faktums hier erwähnen. Als
die kommandirenden Generale sich in der Mehrzahl im
Jahre 1832 über die Möglichkeit der zweijährigen Dienst-
zeit ausgesprochen, da lag ihnen nicht die Frage vor:
Sollen wir die dreijährige Dienstzeit abschaffen und die
zweijährige einführen? sondern ihnen lag die Frage vor:
Wie ist den Uebelständen abzuhelfen, welche sich aus der
bisherigen Rekrutierung für unsere ganze Wehrkraft im
Laufe der Zeit herausgestellt haben? Als im Jahre 1832
unsre Regierung zu der Aufstellung der sogenannten
Observationsarmee an der Maas schritt, fand sie weder
die ausreichende Zahl von Reservisten, noch die ausreichende
Zahl von Landwehrmännern, und damit war mit Recht
ein Belag gefunden für die Unzulänglichkeit unserer bis-
herigen Einrichtungen. Man hatte schon längst gefühlt
und gewußt, daß wir nicht genug Reservisten haben, daß
wir nicht unsere Landwehr würden aufstellen können in
der Stärke, wie es beabsichtigt war, und man hatte des-
wegen auch schon den ersten ursprünglichen Einrichtungen
und Gedanken gemäß das Institut der Landwehr und
später das Institut der Kriegs-Reserve-Rekruten einge-
führt. Es zeigte sich jedoch, daß, als man diese Rekruten
nach zweijähriger oder einjähriger Entlassung vom Dienste
einsetzte, sie für den Dienst ganz unbrauchbar waren,
man mußte also um deswillen zu neuen Einrichtungen
schreiten, und in dieser Lage wurden den kommandiren-
den Generalen verschiedene Fragen vorgelegt, sie mußten
sich entscheiden, ob diesem Mangel in der, der, oder
der Weise abgeholfen werden könne; ich will Sie mit
den Einzelheiten nicht belästigen. Es entschied sich die
Mehrheit für die zweijährige Dienstzeit. Wenn nun
daraus hergeleitet wird ein Hauptbeweis für eine Zuträ-
glichkeit und Wiedereinführbarkeit einer solchen abgekürz-
ten Dienstzeit, so muß ich den Herren bemerken, daß ich
allerdings erst vor einiger Zeit und selbst zu meiner
eigenen Ueberraschung eine Verfügung des Kriegs-Mini-
steriums aus dem Jahre 1835, wenn ich nicht irre, auf-
gefunden habe, in welcher das Kriegs-Ministerium sich
veranlaßt sieht, anzuordnen, daß kein Bataillon mehr als
180 Kapitulanten haben dürfe. Ja, meine Herren! Zu
der Zeit, wo die Erwerbsverhältnisse noch andere waren,
wo der Kriegsdienst selbst noch als ein Erwerbszweig
angesehen wurde, indem man dabei an die Möglichkeit
einer angenehmen Verlohrung dachte, zu der Zeit konnte
man wohl auch ohne Nachtheil die Dienstzeit verkürzen.
Gegenwärtig liegen die Sachen ganz anders, gegenwärtig
haben wir nicht 60 Kapitulanten beim Bataillon, wir
sind ja genöthigt, bei vielen Regimentern die Unteroffiziere
zu wählen aus dem dritten Dienstjahre; Leute, die also höch-
stens 2 Jahre dienen, müssen ich zu Unteroffizieren gemacht
werden. Ich frage Sie, wenn Sie das dritte Dienstjahr weg-
nehmen, in welche Lage kommt die Militärverwaltung?

In welche Lage kommt ein Compagnie-Chef, der ohne
gute Unteroffiziere sich in der Unmöglichkeit befindet, für
die dienstliche Ausbildung der Compagnie verantwortlich
sein zu können? Ich habe früher die Meinung vertreten,
und ich habe sie noch, daß die Regierung, wenn sie keine
Verlängerung der Reservezeit, überhaupt keine ansehn-
liche Verlängerung der Wehrpflicht beabsichtigt, eines
besonderen Reorganisationsgesetzes gar nicht bedurft hätte.
Und dieser Meinung bin ich noch heute, es hätte sich
alsdann bloß gehandelt um eine finanzielle Mehrbewillig-
ung, die dem Lande Seitens der Regierung anzubieten
war. Ich glaube, meine Herren, daß dieser Standpunkt
ein an sich vollständig berechtigter ist, was auch gegen
einen solchen Standpunkt gesagt werden mag. Die sage-
nannte Reorganisation ist ja in der That nichts Anderes,
als unsere alte Militärverfassung, ich möchte sagen, in
einer gewissen Multiplikation. (Heiterkeit.) Ich habe
keinen Anlaß geben wollen mit diesen Worten, weder zur
Heiterkeit, noch zur Bemängelung, sondern ich habe sagen
wollen, das Cadresystem, aus dem unser stehendes Heer
bis zum Jahre 1860 dem Wesen nach allerdings bestand,
dieses Cadresystem ist vervielfältigt worden, die Zahl
der Cadres ist vermehrt worden, um die Mängel zu be-
seitigen, die sich in den bisherigen Beschränkungen für
die Kriegs-Vereitschaft und Streitbarkeit der Armee
ergeben hatten.

Es ist die Verlängerung der Reservepflicht im Jahre
1860 verlangt worden um 4 Jahre; später hat sich die
Regierung selbst herabgeboten bis auf zwei Jahre und
ist damit bei einem Minimum angekommen, über welches
sie nicht hinaus kann, so lange von der Landesvertretung
oder von irgend einer berechtigten Seite her begründete
Zweifel gegen die Auffassung der Regierung über das
Gesetz vom 3. September 1814 bestehen; das ist es
gerade, um welches sich die Diskussion auch nach dem
Berichte mit Ausführlichkeit dreht.

Der Herr Berichterstatter meint, daß die Regierung
gar nicht anders könne, sie müsse ihre Einrichtungen so
treffen, daß die Bataillone zu 1000 Mann formirt wer-
den könnten. Wenn das nicht wäre, so würde ja aller-
dings eine 2 jährige Reservezeit vollständig ausreichen,
und die Bataillone würden ohne Heranziehung der Land-
wehr zu 800 M. formirt werden können, das ergiebt
eine einfache Berechnung. Der Hr. Referent ist der
Meinung, daß das nicht in der Befugniß der Regierung
liege, gesetzliche Bestimmungen dadurch zu ändern, daß
man ihre Ausführung ruhen ließe, — ich glaube so von
seinen Ausdrucksweisen; — ich muß bemerken, daß
ich schon in der Kommission die Ehre gehabt habe,
mit ihm einige Worte darüber zu wechseln und meine
abweichende Ansicht zu konstatiren.

Ich habe keine Veranlassung, die ganze Materie, die in
dem Berichte mit großer Ausführlichkeit vorgetragen ist,
weßhalb er auch im Einzelnen zu Korrekturen und Be-
richtigungen Veranlassung giebt, hier zu reproduciren.
Ich kann nur darauf zurückkommen, der Standpunkt
der Regierung ist im Wesentlichen, wie der Bericht auch
sagt, allerdings der alte. Die Regierung würde einen
andern Standpunkt einnehmen können, wenn sie andere
Wahrnehmungen zu machen Gelegenheit gehabt hätte.
Die Regierung muß also auf dem Standpunkt stehen
bleiben, daß die Reorganisation der Armee keineswegs
von ihr ausgeführt worden ist, um dem Landtage irgend
ein ihm zustehendes Recht zu verkümmern, daß aber die
Reorganisation, nachdem sie einmal ausgeführt worden
kann vor einer Auflösung, die lediglich eine einseitige
ist, vor einer Auflösung über die gesetzlichen Bestim-
mungen, welche unserer ganzen Kriegsverfassung zu
Grunde liegen. Das habe ich den Herren nur sagen wollen
ich behalte mir vor, wenn Veranlassung sein sollte, mich
weiter zu äußern.

Hg. Waldeck: Die Ausführungen des Kriegs-
ministers, deren ruhiger und gemessener Ton ihn gekennt,
sollen die Staatsregierung besonders gegen den Vorwurf
der mala fides verwahren, allein wenn man 1862 für
definitiv erkläre, was 1860 bloß für provisorisch galt,
da könne kein „guter Glaube“ sein. Die Regierung
habe kein Gesetz vorgelegt und dadurch das Haus ge-
zwungen, sich allein auf sein Budgetrecht zu stellen, und
wenn von jener Seite immer nur wiederholt werde, da
sei nichts mehr zu ändern, so trage die Regierung auch
allein die Schuld an der Verschärfung des Konfliktes;
denn das Haus sei, wie allgemein anerkannt, mit der
äußersten Rücksicht zu Werke gegangen. Die von der
Kommission beantragte Ablehnung bilde den Grundstein
für alle Vota dieser Woche; hier liege der eigentliche
Grund für alle Konflikte. Das Land müsse erst die
Ueberzeugung gewinnen, daß seine Vertreter früher die
Kosten der Reorganisation gestrichen haben, weil sie sie
für gemeinverderlich gehalten haben, denn solche Armee,
wie die Regierung sie fordere, sei nur geeignet, Cabi-
nets- und Scheinkriege zu führen. Redner wendet sich
hierauf gegen die „verdammtlichen“ Kriege, wie der Im-
perator in Frankreich sie führe, weist warnend auf Mexiko
und Mexiko hin, wo nur das rohe Soldatenbium ge-
waltet habe, und richtet einen anerkennenden Blick über
den Ocean hinaus, wo ein Krieg im Interesse der Ci-
vilisation geführt werde. „Wir aber“, schließt Redner,
„wollen die Erinnerung an das Jahr 1813 aufrecht erhal-
ten, wir wollen uns unsere tüchtige Heeresorganisation
erhalten und deshalb können wir der Regierungs-Vor-
lage nicht zustimmen.“

Ein eingebrachter Schlußantrag wird verworfen und
auf Wunsch des Abg. Grafen Schwerin die Vertagung
der Debatte angenommen.

Abg. Warrup entgegnet in einer persönlichen
Bemerkung dem Abgeordneten Stavenhagen, daß er es
zwar nicht bis zum General, sondern nur bis zum Pre-
mierlieutenant gebracht habe, aber dennoch glaube, fähig
und berechtigt zu sein, seine Meinung in dieser Frage
auszusprechen. Was seine Ansicht über die Stellvertre-
tung betreffe, so sei diese nicht durch Rücksicht auf seine
Wähler, die Wennoniten, begründet.

Schluß der Sitzung 3½ Uhr. Nächste Sitzung
Montag 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen
Debatte.

Berlin, 26. Januar.

Der preussische Wirkl. Geh. Obermedizinalrath
Dr. Joh. Lucas Schönlain ist am 23. d. Abends,
in seiner Vaterstadt Bamberg am Schlagfluß gestorben.

Am Sonnabend Abend fand hier eine zahlreiche besuchte
Versammlung von konservativen Gesinnungsgegnossen statt.
Der Anziehungspunkt war zweifelsohne die auf das Pro-
gramm gesetzte „Rede des Abgeordneten, Regierungs- und
Schulrath Dr. Warrup.“ Die Sitzung des Abgeordneten-
hauses — so ließ sich ungefähr der Redner vernehmen —
habe Gott Lob! nun mehr (d. h. nach der Ablehnung der
Anleihe) die längste Zeit gedauert, ihr Schluß werde heute
oder morgen erfolgen. Und es wäre wahrlich hohe Zeit
gewesen, den „Brand-Reden“ der Demokraten ein Ziel zu
stecken, sollte nicht all' und jeder „Respekt vor der Obrigkeit“
untergraben werden. Preußen sei nur glücklich und beruhigt,
wenn „dieses“ Haus nicht beisammen wäre; es sei eine wahre
„Beruhigungskommission!“ Der Frevler, den die demo-
kratische Majorität des Hauses getrieben, sei schließlich doch zu
arg geworden. Denn was solle man dazu sagen, daß bei
der Verlesung des letzten königlichen Antwortschreibens auf
die Adresse des Hauses jene Majorität statt heiligen Ernst
„demokratische Heiterkeit“ an den Tag gelegt? Die Schlaue
auf das Tapet gebrachte „Budgetfrage“ sei weiter nichts als
ein Mittel zur Verführung des Landes, im Grunde lägen
ganz andere Tendenzen dahinter. Man wisse zu gut, daß
jeder Mensch nicht allein Geld kenne, sondern sich auch dafür
lebhast interessire; daher der schlaue Coup mit dem
Budget! Nicht die Budgetfrage sei der Demokratie das
„punctum saliens“, nein, die Armee-Organisation bilde das
Ziel, wohin sie steuere, d. h. das Heer solle „demokratisirt“
werden. An diesem „kühnen Griff in die Bohnenbörse“ ginge
aber das Abgeordnetenhaus zu Grunde, „wisse doch schon
jedes Kind, daß sich auf Bohnenbörse schwer sitzen lasse!“
Die Verfassung besage nun zwar klar und deutlich, der
König sei oberster Kriegsherr; wie fasse diesen Satz
aber die Demokratie im Abgeordnetenhaus auf? Der
König sei es, wenn sie (die Demokratie) es all-
ernüchtern erlaube! Der König habe nach der Verfassung
die Offiziere zu ernennen; aber — mit der „allernüchternsten
Erlaubniß“ des Abgeordnetenhauses u. s. f. Das ginge
denn doch am Ende nicht länger so. Wer zu viel wolle,
bekomme gar nichts; da man dem Hause den kleinen Finger
geboten, packe es gleich nach der ganzen Hand; aber das
Haus vergesse, daß — man den kleinen Finger auch zurück-
ziehen könne! Und der König habe ihn bekanntlich schon
zurückgezogen! — Beim Ausgange des Königs aus dem
hiesigen Dome (nach der kirchlichen Feier der Eröffnung
dieses Landtages) habe er vom Volke kein Hoch erhalten,
aber die Abgeordneten desto mehr! Das seien betrübende
Zeichen der Zeit. O tempora, o mores! „König Wilhelm
sterbe, aber der König von Preußen sterbe nie!“ Er habe
das ihm von Gott anvertraute theure „Fideicommiß“ zu
bewahren, sich nichts abdingen zu lassen, sondern ungeschmä-
lert an seine Nachfolger zu übergeben. Daher seine könig-
lichen Rechte! Diese könnten durch keine Verfassung, am
wenigsten durch die von König Friedrich Wilhelm IV. „sehr
übereilt“ gegebene Verfassungsurkunde vom 5. Decbr. 1848,
beeinträchtigt werden. Dieselbe sei bekanntlich aus der be-
stehenden Verfassung abgeschriebe, das zeige ein einziger ver-
gleichender Blick. Belgien und Preußen! Belgien mit
seinem „importirten“ Könige, Preußen dagegen mit seinem
durch Gottes Gnade angestammten Hohenzollernhause! Wo
läge da wohl eine Aehnlichkeit? Welche Dissonanz im
Reiche der Sphären! Man mache es dem Könige zum Vor-
wurfe, daß er zu seiner Umgebung, zu seinem Umgange den
Adel oder vielmehr das „Sunfortium“ wähle, und schreie
über die Vorrechte des Adels. Was hätte denn der Adel
in Preußen für Vorrechte? Keine! Höchstens könne man
hierzu die „Hofchre“, d. h. das Recht zählen, Kammerherr
zu werden. Können man es aber dem Könige verargen, daß
er mit Denjenigen umgehe, die bereits seit Jahrhunderten
den Umgang seiner Vorfahren bildeten? Gingen wir
Bürgerlichen ja doch auch lieber mit Bürgerlichen, als mit
Adelichen um, und Niemand verargt uns das. „Oder könnte
etwa der Adeliche dafür, daß er adelich geboren sei und das
Wörtchen „von“ führen müsse?“ — Die Rede wurde
mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Wien. Das 6. österreichische Armeecorps,
welches 20,000 Mann stark unter dem Befehle des
Feldmarschall-Lieutenants von Gablentz an die Eider
rückt, ist auf dem Wege über Breslau, wo die ersten
Züge am Sonntag eintrafen, und über Berlin nach
Hamburg begriffen. Die Brigade Vondrecourt, welche
in der Stärke von 5000 Mann die Reserve der
sächsisch-hannoverschen Bundesexekutionstruppen bildet
und in Hamburg stationirt, rückt als Avantgarde des
österreichischen Armeecorps nach Schleswig ab. So-
mit beläuft sich die Gesamtzahl der Truppen, welche
Österreich entsendet, auf 25,000 Mann. Feldmar-
schall-Lieutenant Gablentz wird mehrere Tage in
Berlin verweilen, um daselbst den Operationsplan
festzustellen. Von dem Plane in Berlin eine Revue
über die österreichischen Truppen abhalten zu lassen,
ist man abgekommen. Die nach Schleswig bestimmten
österreichischen Truppen sind: 12 Bataillone, Infan-
terie; dann vier Escadronen Husaren und Dra-
goner, sämmtlich sammt dem betreffenden Regiments-
stab; 3 Jägerbataillone; 3 vierpündige und 2 acht-
pündige Fußbatterien des 1. Artillerieregiments;
1 Pionier- u. eine halbe Geniecompagnie; 1½ Brü-
denequipagen, 2½ Kriegstransports-Escadronen,
1¼ Sanitäts-Compagnie und die entsprechenden

Train-Munitions- und Parkcolonnen. Im Ganzen besteht das österreichische Armeecorps (die Brigade Gondrecourt nicht mitgerechnet) aus 693 Officieren, 19,885 Unterofficieren und Gemeinen mit 4979 Pferden.

Lübeck, 20. Jan. Heute früh hat sämtliches preussische Militair unsere Stadt verlassen. Die ganze Brigade, die theils in der Stadt, theils im hiesigen Gebiete und mit einem Theile der Artillerie und Cavallerie auch im benachbarten Fürstenthum Lübeck einquartiert war, wird sich heute Abend in und um Plön wieder vereinigen. Den ausmarschirten Truppen darf man nachrühmen, daß sie sich während ihres vierwöchentlichen Aufenthalts hieselbst musterhaft betragen haben und daß sie selbst sich nicht minder wohl in Lübeck gefühlt haben, ergiebt ein gestern Abend veröffentlichter Erlaß des Höchstkommandirenden dieser Brigade, des Generals Fehrn. v. Camnstein, worin der Stadt Lübeck beim Abschiede für die gastfreie Aufnahme ein herzlicher Dank ausgesprochen wurde. Bald nach Abmarsch der Truppen kam der Prinz Friedrich Carl als Commandeur des 3. Armeecorps hier an und mit ihm der Prinz Albrecht. Wie es heißt, folgt der Prinz mit sämmtlichem Gefolge schon morgen den vorausgegangenen Truppen, um sie noch bei Plön zu mustern.

Sofales und Provinzielles.

Danzig, den 27. Januar.

[Stadt-Verordnetensitzung vom 26. Jan.]
Vorsitzender: Herr Abt. Bischoff; Magistrats-Commissarien: Hr. Bürgermeister Dr. Ling, Hr. Rämmerer Strauß, Hr. Stadtrath Ladwig und Hr. Stadtbaurath Licht.
Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und angenommen. Zu Mitredactoren des neuen Protokolls werden die Herren Seeger, Statimiller und Steffens ernannt. Ein nach der Publication der Tagesordnung eingebrachter Antrag des Magistrats, dahingehend, daß Project für den Neubau der Miltchkannebrücke in der Weise zu ändern, daß durch denselben eine Senkung der Brücke von 5½ Fuß im Ganzen herbeigeführt werde, wird als ein dringlicher anerkannt und vor Beginn der Tagesordnung beraten. Nach einer längeren Diskussion wird der Antrag von der Versammlung acceptirt. Die Tagesordnung beginnt, indem der Herr Vorsitzende den Inhalt eines eingegangenen Dankschreibens mittheilt. Dann zeigt er an, daß der Betriebsbericht der Gasanstalt pro Monat Dezember v. J. eingegangen und derselbe im Bureau zur Kenntnissnahme für die Mitglieder der Versammlung ausgelegt werden soll. Dem Berichte zufolge brennen jetzt 9773 Klammern. Nachdem die Versammlung die Niederschlagung einer Summe Standgeld und eine andere von Holzstrafgeldern bewilligt hat, wählt sie zu Bürger-Mitgliedern für die Kreis-Gras-Commission die Herren Cas, R. S. Panzer, Pape und Magko, zu deren Stellvertretern die Herren L. M. Köhne, W. Wirthschaft, S. Niese und R. Gerlach. Hierauf theilt der Herr Vorsitzende mit, daß einem eingegangenen Schreiben zufolge Se. Majestät der König die Genehmigung für den Bau der Belgard-Dirschauer Eisenbahn erteilt habe. In Betreff eines Gesuchs um Erlaubniß zur Anlegung einer Ausgangsthor nach der Wasserseite aus dem Grundstück Fischmarkt 25 wird beschlossen, dasselbe dem Magistrat zur Erledigung zu überweisen. Ein Gesuch des Schul- und Drischvorstandes von Weichselmünde um Bewilligung von 375 Thlrn. zum Schulbau daselbst wird abgelehnt. Bewilligt dagegen werden: 107 Thlr. 18 Sgr. 9 Pf. zu Einrichtungskosten einer Latrine am kleinen Mauerweg und 10 Thlr. als jährliche Beleuchtungskosten für dieselbe, 60 Thlr. zur Beschaffung von Utensilien für die Schulkasse in der Baumgartenstraße u. s. w. Nachdem noch mehrere Vorlagen ihre Erledigung gefunden, erfolgt mit dem Vortrag von Berichten der Rechnungs-Abnahme-Commission und der Etats-Revisions-Commission der Schluß der Sitzung nach 6 Uhr.

Die Vorlesung, welche Herr Prediger Böckner über Renan's Werk: „das Leben Jesu“ gestern hielt, war zahlreich besucht. Aus der ganzen Vorlesung ging hervor, daß sich Herr Böckner mit dem so viel Aufsehen erregenden Werk des französischen Schriftstellers sehr fleißig und gründlich beschäftigt hat. Die Zuhörer wurden denn auch über den Character desselben in einer durchaus befriedigenden Weise belehrt und davon überzeugt, daß dies Werk nicht auf dem Boden der philosophischen Speculation erwachsen, vielmehr nur aus den oberflächlichen Anschauungen und leichtfertigen Raisonnements zusammen gesetzt ist, durch welche die französischen Gelehrten auf einem derartigen Gebiet zwar oftmals augenblickliche Erfolge erringen, aber in culturhistorischer Beziehung ihren Namen nur in Wasser schreiben.

Der Verwaltungsbericht des hiesigen Magistrats für das Jahr 1862/63 ist im Druck erschienen.

Das heute in der Stadt coursirende Gerücht, daß unter der hohen Thorbrücke der zerstückelte Leichnam einer jungen weiblichen Person gefunden worden sei, ist nach den von uns eingezogenen Erkundigungen vollständig unbegründet. Das Ganze beruht wahrscheinlich darauf, daß bei Aufgang des Eises im Stadtgraben der Kadaver eines Hundes sichtbar geworden.

In Marienburg ist in einem gewölbten Keller, der mit Brennmaterialien angefüllt war, ein Feuer entstanden, welches man nach 12stündigen Bemühungen nicht zu löschen im Stande gewesen, weshalb man dort den Wunsch gehabt haben soll, daß eine Abtheilung unserer Feuerwehr die bewährte Hilfe bringen möchte.

Stadt-Theater.

Die Kritik thut manchmal wohl daran, sich auf den Standpunkt eines der Chronisten des Mittelalters zu stellen, welche die Thatfachen für sich sprechen ließen und nur unwesentliche Randglossen machten. Wenn wir das leere Haus am letzten Freitag, am Lessingschen Geburtstag, wo wir „Emilia Galotti“ zu sehen Gelegenheit hatten, irgend einem äußern Umstände zuschreiben wollten, so würden wir ebenso irre gehen, wie wenn wir die wieder beträchtlich gefüllten Reihen bei der neunten Aufführung der Posse „Pech-Schulze“ nur dem Sonntag anrechneten. O tempora, o mores! Die Leere im einen und die Fülle im andern Falle sind eben „Zeichen der Zeit.“ Lessings Emilia Galotti, von der einer unserer geachteten, wenn auch weniger gelehrten Theaterhistoriker sagt: es sei das Stück „entstanden der Verschmelzung Shakespearescher Kraft und Wahrheit, verbunden mit griechischer Anmuth und Milde“, — bedarf einer Art Schutzbrieft, um sich vor dem Publikum zu zeigen — es ist Lessings Geburtstag. Und Pech-Schulze braucht nur den Kopf in die Scene zu stecken, so jauchzt ihm Alles zu. Es ist noch so, wie es in dem bekannten Vorspiel heißt: „Guch ist bekannt, was wir bedürfen, Wir wollen stark Getränke schlürfen.“

Und dennoch haben wir selbst schon einen so verderbten Geschmack, daß uns die Posse auch bei ihrer neunten Aufführung am vergangenen Sonntag nicht mißfallen hat. Die Darstellung war wieder recht gut, kleine Störungen abgerechnet. So wird „Pech-Schulze“ in der Folge noch mehrere Male recht volle Häuser geben. Das wird eine Thatfache sein, zu welcher wir keine Bemerkungen hinzufügen. — Weniger scheint die Novität „500,000 Teufel“ zu ziehen, welche indeß der farbigen, an die Wiener Zauberstücke erinnernden Ausstattung wegen, für ein jüngeres Publikum manchen Reiz bieten möchte. — Wir geben nunmehr zu der Beurtheilung des geistigen Stücks, des Trauerspiels Romeo und Julia, über. Es läßt sich dasselbe auch in Rücksicht der Aufnahme von Seiten der Theaterbesucher, der beregten Lessingschen Tragödie an die Seite stellen. Den Glanzpunkt des Abends bildete das warm empfundene Spiel des Fräul. Krüger (Julia), das selbst verwöhnten Ansprüchen Genüge leisten konnte. Fräul. Krüger hat uns auch am Freitag in der Emilia bewiesen, daß sie ausgezeichnetes leistet, sobald sie sich in ihrem Elemente fühlt. Daneben können indeß Frau Boisch (Gräfin Capulet) und Frau Hirsch (Julians Amme) mit Ehren genannt werden. Den Romeo gab Herr Droberg mit vielem Schwung. Auch die Leistung des Hrn. Schönleiter als Graf Capulet war sehr anerkennenswerth. Unter den übrigen Darstellern heben wir noch Hrn. Emil Fischer, Achten als Tybalt und Hrn. Grauert (Bruder Lorenzo) rühmend hervor. Letzterer wußte sich in die ihm wenig passende Rolle trefflich zu finden.

Schiffs-Report aus Neufahrwasser.

Angekommen am 27. Januar:
2 Dampfschiffe und 3 Segelschiffe m. Ballast.
Im Aufkommen: 2 Schiffe. Wind: WNW.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 27. Januar.

Weizen, 70 Last, 134 pfd. fl. 422; 132 pfd. fl. 385, 395, 420; 131 pfd. fl. 377½, 382½, 405; 130 pfd. fl. 380, 385; 126 pfd. fl. 370 Alles pr. 85 pfd.
Roggen, 114 pfd. fl. 201; 116 pfd. fl. 204; 123 bis 124 pfd. fl. 216; 126 pfd. fl. 219; 127 pfd. fl. 222; 127 bis 128 pfd. fl. 223½ pr. 81½ resp. 125 pfd.
Gerste, große, 115 pfd. fl. 195.
do. 111 pfd. fl. 180 pr. 75 pfd. mit Geruch.
Weiße Erbsen fl. 210, 228, 246.

Meteorologische Beobachtungen.

26	4	339,95	+ 2,2	W. schwach, bewölkt.
27	9	335,80	+ 2,1	W. stürm. hell u. bewölkt.
	12	335,58	+ 2,5	W. do. do. do.

Dankagung.

Der so unerwartet am Grabe meiner Gattin gebrachte Gesang verpflichtet mich gegen die mir persönlich zum größten Theil unbekannten Herren Sänger zum öffentlichen Danke und gereichte mir neben der erhabenen Grabrede des Herrn Divisions-Prediger Dr. Krüger zum Troste und den vielen Tugenden der Hingeschiedenen zum ewigen Gedächtniß.

Lange, Grenz-Ausscher.

Der große Appell zur Feier des Königl. Aufrufes von 1813 findet im Hause Brodbäntengasse 44. am 3. Februar 1864, Mittags 1 Uhr, statt. Danzig, den 14. Januar 1864.

Der Stab der Danziger Compagnie
Preussischer Vaterlandsvertheidiger von 1813 — 15.

Königl. Pr. Lotterie.
Loos-Antheile zur 129sten Lotterie in 1/60 (Thlr. 1., größere Antheile nach Verhältniß) 1/30, 1/15, 1/10, 1/8, 1/4 u. s. w. habe ich noch einige zum Versand übrig.

G. A. Kaselow, Stettin.
NB. Außer den 150,000 Thlr. und 50,000 Thlr. Gewinn, welche jetzt in kurzer Zeit auf von mir überlassene Loos-Antheile fielen, brachte die letzte Lotterie wiederum den dritten Hauptgewinn von 50,000 Thlr.

Stadt-Theater zu Danzig.

Donnerstag, den 28. Jan. (4. Abonnement No. 20.)
Die Lady in Trauer. Schauspiel in 5 Abtheilungen von Frauen.

Freitag, den 29. Januar. (Abonnement suspendu.)
Benefiz des Herrn Funk. Der Wildschütz. Komische Oper in 3 Akten von Vorgrina. Vorber: Zum ersten Male: Ein Wort an den Minister. Lustspiel in 1 Akt von A. Langer.



Apollo-Saal.

Heute Abend

Entstehung d. Erde und London.

Donnerstag:

Auf Wunsch noch einmal!!

Franklins

tragisches Schicksal im Eismeer.

Zuvor: Natur- und Reisebilder,

betreffend das Menschen- und Thierleben im Norden

Zum Schluß: Brillante Dissolving views.

Anfang 7 Uhr. Entree: 10, 6 und 3 Sgr.

Freitag: Der Mond. Rom's Prachtbauten.

Am 24. d. Mts. Abends 10¼ Uhr entschlief hier nach kurzem Krankenlager, aber schweren Leiden in Folge einer Bauchfellentzündung

der Königl. Ingenieur-Lieutenant

Albrecht.

Das Corps verliert in ihm einen tüchtigen, durch Eifer, Pflichttreue und Fähigkeiten gleich ausgezeichneten Offizier und seine Kameraden betrauern in dem Hinscheiden desselben den Verlust eines Gefährten, der durch seine lebenswürdigen Eigenschaften, durch seinen ehrenwerthen und festen Character die Liebe und Achtung Aller sich erworben hatte. Ihm seinem Andenken, Friede seiner Asche. —

Danzig, den 25. Januar 1864.

Die Offiziere des Ingenieur-Corps
der Garnison Danzig.

1600 Thlr. werden zur 1. Stelle auf ein neues Mühlen-Grundstück mit ½ Hufen Land, abgeschätzt auf 4800 Thlr. im kleinen Marienburger Werder gesucht. Auskunft Frauengasse 11. eine Treppe hoch.

Alle Arten Thiere werden nach wie vor stets Poggenspuhl No. 37 zum Ausstopfen angenommen.

Frischen Astrachaner Caviar erhielt und empfiehlt Robert Hoppe.

Ein schönes großes herrschaftliches Grundstück, Rechtstadt — mit großem Hofraum, Remise, Stallung, Thor-Einfahrt u. s. ist aus freier Hand bei 4000 Thaler Anzahlung an Selbstkäufer zu verkaufen. Näheres beim Apotheker Herrn

Cuno Fritzen,

Breitgasse 43, 1 Treppe.
Mittags 12—2 Uhr.

Gesangbücher,

Pathenbriefe, Tauf- und Hochzeits-Einladungen, Gratulationskarten und dergl. Geschenke empfiehlt in größter Auswahl

J. L. Preuss, Portschaisengasse 3.

NB. Reparaturen, Garnituren wie Bücher-Einbände schnell und billig.